



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ 4. April 2013

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die am HVPI gemessenen Teuerungsraten sind wie erwartet weiter zurückgegangen, und die Preisentwicklung dürfte auf mittlere Sicht gedämpft bleiben. Das Geldmengen- und Kreditwachstum ist nach wie vor verhalten. Die Inflationserwartungen für das Euro-Währungsgebiet bleiben fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten. Zugleich hat sich die Konjunkturschwäche zu Beginn des laufenden Jahres fortgesetzt. Für die zweite Jahreshälfte wird eine allmähliche Erholung erwartet, die jedoch mit Abwärtsrisiken behaftet ist. Vor diesem allgemeinen Hintergrund werden wir unseren akkommodierenden geldpolitischen Kurs so lange wie nötig beibehalten. In den kommenden Wochen werden wir alle eingehenden Informationen zu den wirtschaftlichen und monetären Entwicklungen sehr genau verfolgen und alle Auswirkungen auf die Aussichten für die Preisstabilität analysieren. Es kommt entscheidend darauf an, dass die Regierungen die Umsetzung von Strukturreformen auf nationaler Ebene stärker vorantreiben und den wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmen des Euro-Währungsgebiets festigen, etwa auch durch die Errichtung der Bankenunion. Darüber hinaus sollten die Regierungen auf den bei der

Haushaltskonsolidierung erzielten Fortschritten aufbauen und die Restrukturierungen im Finanzsektor fortsetzen.

Wir beobachten auch die Bedingungen am Geldmarkt und deren mögliche Implikationen für unseren geldpolitischen Kurs sowie dessen Übertragung an die Wirtschaft genau. Wie bereits bei früheren Anlässen geäußert, werden wir das Mengentender-Verfahren mit Vollzuteilung so lange wie erforderlich beibehalten.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das Ergebnis des realen BIP für das Schlussquartal 2012 fiel schwach aus; der zweiten Schätzung von Eurostat zufolge sank das BIP um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal. Verantwortlich hierfür war in erster Linie ein Rückgang der Binnennachfrage, aber auch eine Abnahme der Exporte. Die jüngsten Daten und Indikatoren bestätigen, dass sich die Konjunkturschwäche zu Beginn des laufenden Jahres fortgesetzt hat. Im Hinblick auf die nähere Zukunft sollte das Exportwachstum im Eurogebiet von einer Erholung der weltweiten Nachfrage profitieren, und die Inlandsnachfrage sollte auch durch unseren geldpolitischen Kurs gestützt werden. Überdies dürften die Verbesserungen, die seit dem vergangenen Sommer an den Finanzmärkten verzeichnet wurden, ungeachtet der zuletzt beobachteten Unsicherheit auf die Realwirtschaft durchwirken. Gemeinsam dürfte dies dazu beitragen, die Konjunktur im Euroraum zu stabilisieren, und sollte zu einer allmählichen Erholung im zweiten Halbjahr führen. Zugleich werden die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen und privaten Sektor sowie die damit verbundenen restriktiven Kreditbedingungen die Wirtschaftsentwicklung weiterhin belasten.

Für den Wirtschaftsausblick im Euroraum bestehen nach wie vor Abwärtsrisiken. Zu den Risiken zählen eine möglicherweise noch schwächer als erwartet ausfallende Binnennachfrage sowie eine langsame bzw. unzureichende Umsetzung von Strukturreformen im Eurogebiet. Diese Faktoren könnten die Stimmungsverbesserung eintrüben und dadurch die Erholung verzögern.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im März 2013 auf 1,7 % und lag damit unter dem im Februar verzeichneten Wert von 1,8 %. Für den anhaltenden Rückgang der jährlichen Preissteigerungsraten ist vor allem die HVPI-Komponente Energie verantwortlich. Mit Blick auf die Zukunft dürfte die Inflationsentwicklung auf mittlere Sicht in Anbetracht der schwachen Konjunkturlage im Euroraum gedämpft bleiben. Die Inflationserwartungen sind fest verankert und stehen auf mittlere bis lange Sicht im Einklang mit Preisstabilität.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung sind nach wie vor auf mittlere Sicht weitgehend ausgewogen, wobei sich Aufwärtsrisiken aus stärker als erwartet steigenden

administrierten Preisen und indirekten Steuern sowie aus höheren Ölpreisen und Abwärtsrisiken aus einer schwächeren Konjunktur ergeben.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so ist die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor verhalten. Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 verringerte sich von 3,5 % im Januar auf 3,1 % im Februar. Die jährliche Wachstumsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 erhöhte sich von 6,6 % im Januar auf 7,0 % im Februar. Zugleich nahmen die Einlagen bei monetären Finanzinstituten (MFIs) in einer Reihe von Ländern mit finanziellen Schwierigkeiten im Februar erneut zu.

Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigten Zwölfmonatsraten der Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und an private Haushalte blieben im Februar weitgehend unverändert und beliefen sich auf -1,4 % bzw. 0,4 %. Die verhaltene Entwicklung der Kreditvergabe ist großenteils Ausdruck der aktuellen Phase des Konjunkturzyklus, des erhöhten Kreditrisikos sowie der anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor. Gleichzeitig deuten die verfügbaren Informationen über den Zugang nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften zu Finanzierungsmitteln auf restriktive Kreditbedingungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen in mehreren Euro-Ländern hin.

Zur Gewährleistung einer angemessenen Transmission der Geldpolitik auf die Finanzierungsbedingungen in den Ländern des Euro-Währungsgebiets ist es wichtig, dass erforderlichenfalls die Fragmentierung der Kreditmärkte im Euroraum weiter verringert und die Widerstandsfähigkeit der Banken erhöht wird. Seit dem vergangenen Sommer ist die Finanzierungssituation der Banken allerdings deutlich verbessert worden; beträchtliche Fortschritte wurden auch bei der Erhöhung der heimischen Einlagenbasis in Ländern, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, sowie bei der Verringerung der Abhängigkeit vom Eurosystem, die sich in der Rückzahlung von Mitteln aus den längerfristigen Refinanzierungsgeschäften mit dreijähriger Laufzeit widerspiegelt, erzielt. Weitere entschiedene Maßnahmen zur Schaffung einer Bankenunion werden dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen. Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen müssen wir insbesondere darauf hinweisen, dass der künftige einheitliche Aufsichtsmechanismus sowie ein einheitlicher Abwicklungsmechanismus entscheidende Elemente auf dem Weg hin zu einer Reintegration des Bankensystems darstellen und daher einer raschen Umsetzung bedürfen.

Zusammenfassend und unter Berücksichtigung des heutigen Beschlusses ist festzuhalten, dass sich die Preise der wirtschaftlichen Analyse zufolge auf mittlere Sicht weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln dürften. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Im Bereich der **Finanzpolitik** sollten die Euro-Länder ihre Anstrengungen zur Verringerung der staatlichen Haushaltsdefizite fortsetzen und weitere **Strukturreformen** durchführen, womit sich die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und das Wirtschaftswachstum gegenseitig verstärken. Die haushaltspolitischen Strategien müssen in wachstumsfördernde Strukturreformen eingebettet werden. Diese sollten ehrgeizig und weitreichend sein und sich auch auf die Gütermärkte (einschließlich der Netzwerkindustrien), Arbeitsmärkte und die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung erstrecken. Zur Stützung der Beschäftigung sollte die Lohnsetzung flexibler gestaltet und stärker an der Produktivität ausgerichtet werden. Diese Reformen werden die Länder in ihrem Bestreben unterstützen, ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen, die Grundlage eines nachhaltigen Wachstums bilden und die Rückkehr des Vertrauens in die Gesamtwirtschaft erleichtern.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation und Sprachendienst

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.